Oldletter: SPD-Geschichten aus Papenburg

SPD

04.03.2013 Nr. 23

Inhalt:

Nachbetrachtung zur Landtagswahl	S. 01	Kritik an Kindergeldregelung	S. 05
Öffentliche Wege für den Golfplatz	S. 01	Gegen Kürzung der Arbeitslosenhilfe	S. 06
Verabschiedung von Inge Lemmermann	S. 02	Besuch von Landtagspräsident Milde	S. 07
Kritik am Golfclub	S. 03	Diskussionsabend bei Kolping	S. 08

JUNI 1994

SPD 2000 »unser weg« · Seite 7

Rückblick mit einem lachenden und einem weinenden Auge

Eine Nachbetrachtung zur Landtagswahl

Zwiespältig muß ein Rückblick auf die Landtagswahl am 13. März 1994 für den Bezirk Weser-Ems ausfallen. – Das Positive vorweg: Erstmals haben wir die CDU im Regierungsbezirk als stärkste politische Kraft überflügelt (3,5 Prozent Vorsprung). Gegenüber der Landtagswahl 1990 konnten wir mehr zulegen als im Landesdurchschnitt (+ 0,2 Prozent in Weser-Ems, + 0,1 Prozent auf Landesebene).

Die SPD erreichte auf Landesebene die absolute Mehrheit; alle Mandate wurden direkt errungen – in Weser-Ems wieder 16 (Ammerland wurde neu hinzugewonnen – den Wahlkreis Osnabrück-West haben wir leider verloren). Die Landesliste zog damit nicht mehr.

Für den Bezirk Weser-Ems bedeutet dieses: Drei Mandate weniger als 1990. Obwohl unsere vordersten Listenplätze ausschließlich mit Kandidatinnen aus für die SPD schwierigen Wahlkreisen besetzt wurden, trat die erhoffte Auswirkung nicht ein. Unser neuer Fraktionsvorsitzender im Landtag, Dr. Wolf Weber, nannte dies ein »paraxodes Wahlergebnis mit einschneidenden Folgen«. Der Bezirksvorstand Weser-Ems hat schnell reagiert. Er wird sicherstellen, daß die verwaisten Landtagswahlkreise betreut werden und Landespolitik dort stattfindet. Wolf Weber hat für die neue Landtagsfraktion die notwendige Unterstützung zugesagt.

Plus und Minus

Die besten Erststimmenergebnisse erzielten wir bei dieser Landtagswahl wieder in Ostfriesland: Alwin Brinkmann in Emden mit 66 Prozent, Hinni Swieter in Norden 62,5 Prozent und Helmut Collmann im Wahlkreis Leer-Borkum mit 61 Prozent. Hier haben wir auch die höchsten Zweitstimmenergebnisse erzielt.

Die höchsten Zugewinne erreichte die SPD im katholischen Süden des Bezirkes. Bei den Erststimmen Peter Raske in Papenburg mit + 4,6 Prozent, Uwe Bartels in Vechta + 4,3 Prozent und Nazih Musharbah im Wahlkreis Bissendorf mit + 3,7 Prozent. Bei den Zweitstimmen haben wir die größten Zuwächse in den Wahlkreisen Papenburg (+ 4,2 Prozent), Vechta (+ 4,1 Prozent), Meppen und Cloppenburg (beide + 3,1 Prozent) erzielt.

Nachdenklich stimmen müssen uns die überdurchschnittlichen Verluste in den beiden größten Städten unseres Bezirkes; Osnabrück und Oldenburg liegen im Kreis der großen niedersächsischen Universitätsstädte leider voll im negativen Trend.

Lernziele

Aus dieser Landtagswahl leite ich drei vorrangige Aufgaben für die SPD in unserem Bezirk ab, die gleichrangig verfolgt werden müssen.

1. Wir müssen unsere Politik und Organisation in den großen Städen kritisch überdenken und neu gestalten. Die Reformdebatte um »SPD 2000« hat hier wichtige Anstöße gebracht.
2. Es wird immer schwieriger, unsere Spitzenergebnisse in den Hochburgen zu halten. Auch hier kann uns die Parteireform helfen.
3. Die große Chance auf Zuwächse liegt in den katholischen, ländlichen Regionen unseres Bezirkes. Hier müssen wir politisch und organisatorisch präsent sein.

Hans-Rainer Strang
Bezirksgeschäftsführer

Unser Weg Juni 1994

Die Wege beim Golfplatz bleiben öffentlich

„Gute Lösung" - SPD-Fraktion ist verärgert

Papenburg (H.B.) CDU und FDP sehen in dem von der Verwaltung vorgelegten Beschlußvorschlag für die Erweiterung des Golfplatzes am Gotshof „eine sehr vernünftige Lösung", die SPD-Fraktion, so Anton Schipmann, sei dagegen „maßlos enttäuscht".

Stadtbaurat Schamann hatte auf der Basis der bisherigen Ratsbeschlüsse das Verhandlungsergebnis mit dem Golfkluberläutert und zugleich die wichtigsten Bedenken und Anregungen der Träger öffentlicher Belange bzw. privater Einwender gegen den Bebauungsplan Nr. 148 „Golfplatz" vorgetragen.

Die bisher öffentlich genutzten Wege bleiben voll und ganz erhalten. Mit dem Golfklub wird noch bis zur kommenden Ratssitzung eine freiwillige Vereinbarung geschlossen, die den Zugang der Spaziergänger zur Kastanienallee und anderen Wegen garantiert. „Hier liegt eine Lösung vor, mit der wir alle leben können", meinte Bauausschußvorsitzender Gerd Hahnekamp.

„Unser Wegeplan ist überhaupt nicht berücksichtigt worden", ärgerte sich Toni Schipmann. Mit gutem Willen aller Beteiligten ließe es sich sehr wohl erreichen, das Wegenetz im Golfplatzbereich noch auszubauen. Schipmann forderte den Golfklub auf, zur Erreichung dieses Zieles einen direkten Zugang zu den Waldflächen am Lerchenweg in Höhe des jetzigen Eingangs zum Klubhaus zu ermöglichen.

Nachdem man die Wegevorschläge der SPD einfach nicht zur Kenntnis genommen habe, „werden wir jetzt auch gegen die Erweiterung des Platzes stimmen", erklärte Schipmann.

Ems-Zeitung 04.06.1994

Wichtigste Anliegen waren Schul- und Frauenpolitik

Papenburger SPD dankte Inge Lemmermann

Papenburg
Unter großer Beteiligung der Papenburger SPD-Mitglieder verabschiedete der Ortsausschuß die langjährige Landtagsabgeordnete Inge Lemmermann, die für den Landtag nach 16 Jahren hauptberuflicher politischer Arbeit nicht wieder kandidiert.

Im Namen aller SPD-Mitglieder dankte Fraktionsvorsitzender Roland Seemann für die geleistete Arbeit, wobei er daran erinnerte, daß ihr Start 1978 unter denkbar schwierigen Bedingungen erfolgte, denn als Frau im „schwarzen" Emsland zu kandidieren, dazu noch ohne organisatorischen Rückhalt, da es zu diesem Zeitpunkt nur zwei SPD-Ortsvereine gab, erforderte Mut und Durchhaltevermögen. Dieses Durchhaltevermögen, so Seemann, war besonders deshalb notwendig, weil Inge Lemmermann zunächst 12 Jahre die Oppositionsbank drückte, um erst in der letzten Legislaturperiode in der Regierungsfraktion zu arbeiten.

Kandidatur erforderte Mut und Durchhaltevermögen

So war ihre Arbeit gekennzeichnet durch viele kleine Schritte, für die es oft keinen öffentlichen Dank gab, wie Peter Raske anmerkte. Vor allem die Schul- und die Frauenpolitik waren ihr wichtige Anliegen.

Inge Lemmermann nutzte das Treffen, um den langjährigen Weggefährten für die Solidarität, mit der diese ihre Arbeit begleiteten, zu danken, wobei sie die vergangenen Jahre als arbeitsreich, aber interessant einstufte. Im RÜckblick auf die letzten Legislaturperiode sah sie zwei Themen als besonders prägend an: die Mercedes-Teststrecke, die es galt, ins Emsland zu holen, und die Emsvertiefung, die nun hoffentlich zu einem guten Ende geführt wird. Nicht zufrieden zeigte sie sich mit der Tatsache, daß das Emsland nicht in der Regierungsfraktion vertreten ist. Hier sind in der Zukunft alte Kontakte gefragt, aber auch die Arbeit der Ortsvereine, um aktuelle Probleme schnell an die entscheidenden Stellen weiterzuleiten.

MIT EINEM BLUMENSTRAUSS dankten Fraktionschef Roland Seemann und Ortsvorsitzender Bloem MdL Inge Lemmermann.

Ems-Zeitung 13.06.1994

JULI 1994

Weg am Ableiter wird in Golfplatz integriert

CDU-Fraktion setzte sich durch - Kritik von SPD

Papenburg (H. B.) Die baulichen Maßnahmen zur Erweiterung des Golfplatzes am Gutshof von neun auf 18 Löcher sind in wenigen Wochen abgeschlossen. Mit dem gestrigen Ratsbeschluß, den Weg vom Lärchenweg bis zur Gutshofsallee voll in die neuen Spielbahnen zu integrieren, ist die Voraussetzung geschaffen, daß der neue Platz auch internationalen Ansprüchen genügen wird. Für das Wegestück am Ableiter wird ersatzweise ein bereits vorhandener, aber noch nicht befestigter Parallelweg ausgebaut.

Wie schon bei allen früheren Debatten zu diesem Thema kam es auch gestern wieder zwischen der Mehrheitsfraktion und der SPD zu einem verbalen Schlagabtausch. SPD-Fraktionschef Roland Seemann stellte klar, daß die Sozialdemokraten sich im Rat mehrheitlich für den Bau eines Golfplatzes ausgesprochen hätten. Allerdings habe man verlangt, daß das vorhandene Wegenetz für Spaziergänger weiter uneingeschränkt genutzt werden könne. Leider seien die Versprechungen der Stadt und besonders auch des Golfklubs in dieser Sache aber nicht eingehalten worden.

„Gelände ist Naherholungsgebiet"

Das Gelände rund um den Gutshof stelle „ein kleines Naherholungsgebiet dar", das auch künftig allen Bürgern offenstehen müsse. Scharf rügte Seemann den Vorstand des Golfklubs, der es abgelehnt habe, den bereits vorhandenen Weg am Eingang des Gutshofes für eine öffentliche Nutzung freizugeben. Die jetzigen Überlegungen, den Zaun zu verlegen und so einen neuen Weg unmittelbar neben dem vorhandenen Pfad zu schaffen, zeigten, daß der Golfklub sich abkapseln wolle. „Golf ist ein wunderbarer Sport. Mit dieser Haltung wird er aber niemals ein Volkssport werden", kritisierte Seemann.

Bürgermeister Hövelmann stellte mit Nachdruck klar, daß er die Pläne des Golfklubs gutheiße. Mit dem Geld der Golfklubmitglieder werde in Papenburg eine neue Sportanlage geschaffen, die weit und breit ihresgleichen suche. Das Wegeangebot in diesem Bereich werde verdrei-, ja sogar vervierfacht. So wie er sich für den Bau des Schießvereins eingesetzt habe, so unterstütze er nunmehr auch die Pläne des Golfklubs. Die Stadt sei schließlich für alle Bürger da, stellte Hövelmann fest.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd Tegeder gab der Hoffnung Ausdruck, daß mit dem gestrigen Beschluß im Rat ein Ende der Debatte zu diesem Vorhaben erreicht werde. Auch Tegeder verwies auf die Erweiterung des Wegeangebotes im Bereich Golfplatz/Demonstrationswald. Der Naherholung der Bürger werde hier keinerlei Abbruch getan.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Michael Goldmann sprach sich dagegen aus, daß die Stadt allein die Kosten des Wegeausbaues trage. Der Golfklub müsse sich wie die anderen Sportvereine auch mit einem Drittel der Kosten beteiligen. Der Antrag der FDP wurde bei drei Jastimmen und drei Enthaltungen abgelehnt. Für die von der Verwaltung vorgelegte Vorlage stimmte die CDU-Fraktion. Acht SPD-Abgeordnete votierten mit Nein, FDP und Grüne enthielten sich der Stimme.

Ems-Zeitung 15.07.1994

Der Leser hat das Wort

Veröffentlichungen stellen die persönliche Ansicht des Einsenders dar. Textkürzungen behalten wir uns vor.
Die Redaktion

„Nach der gleichen Salamitaktik“

Betrifft: Erweiterung des Golfplatzes am Gutshof

„Es ist schon eine Schande, wie die CDU-Fraktion mit dem Willen der Bürger umgeht. Wurde noch bei der Verabschiedung des Bebauungsplanes 148 zugesichert, die Wege beim Golfplatz bleiben öffentlich, verabschieden fast genau ein Jahr später genau die gleichen Herren und Damen der CDU die Sperrung des Weges am Ableiter vom Lärchenweg zur Gutshofallee.

In der Antwort auf meinen Widerspruch gegen den Bebauungsplan 148 schreibt mir die Stadt Papenburg. ‚Die Zugänglichkeit des Weges entlang des Ableiters der Kastanienallee und der Querverbindung von der Kastanienallee zum Lerchenweg wird über eine verbindliche vertragliche Regelung mit dem Golfklub erhalten. Insoweit werden für diese näher bezeichneten Wege keine Veränderungen eintreten. Die Befürchtung der Einwanderheber, daß diese vertragliche Regelung mit dem Golfclub für die Zugänglichkeit der öffentliche Wege nicht ausreiche, kann nicht geteilt werden.

Wenn die CDU weiterhin ihr Wort hält und nach der gleichen Salamitaktik weiter die Wegenutzung am Golfplatz behandelt, dann ist zu befürchten, daß demnächst auch die Kastanienallee für die Bevölkerung gesperrt wird. Auf die Realisierungeines versprochenen Wegeplanes warten wir übrigens bereits seit 1989. Wer der CDU glaubt, daß die beschlossene Herrichtung eines Parallelweges von der Stadt mit Mitteln der Stadt in absehbarer Zeit erfolgt, den frage ich, wo die CDU denn das Geld hernehmen will. Hat sie doch auf der gleichen Sitzung wegen finanzieller Engpässe die Kindergartenbeiträge erhöht. Oder sind durch die Erhöhung der Kindergartenbeiträge jetzt freie Mittel für den Wegeausbau vorhaden?

Ich hoffe nur, daß die Bevölkerung bei der nächsten Kommunalwahl nicht vergessen hat, was die CDU alles unternommen hat, damit golfschlägerschwingenden Sportsfreunden keine unliebsamen Beobachter in die Quere kommen.“

Peter Raske
Am Kamp 31, Papenburg

Ems-Zeitung 19.07.1994

Der Leser hat das Wort!

An den General-Anzeiger, Postfach 1165, 26811 Rhauderfehn

Unter dem Titel „Kindergarten und Hallenbad viel teurer“ berichtete der GA über eine Sitzung des Papenburger Stadtrats, in der die Kindergarten- und Hallenbadgebühren kräftig erhöht wurden. Gleichzeitig übernahm in der Sitzung die Stadt Papenburg die Kosten für die Herrichtung eine Ersatzweges für einen jetzt zum Golfclubgelände gehörenden Weg. Dazu hat sich GA-Leser Peter Raske seine Gedanken gemacht.

Es ist schon eine Schande, wie die CDU-Fraktion mit dem Willen der Bürger umgeht. Wurde noch bei der Verabschiedung des Bebauungsplanes 148 zugesichert, „die Wege beim Golfplatz bleiben öffentlich“, verabschieden fast genau ein Jahr später genau die gleichen Herren und Damen der CDU die Sperrung des Weges am Ableiter vom Lärchenweg zur Gutshofallee.

In der Antwort auf meinen Widerspruch gegen den Bebauungsplan 148 schreibt mir die Stadt Papenburg: „Die Zugänglichkeit des Weges entlang des Ableiters der Kastanienallee und der Querverbindung von der Kastanienallee zum Lerchenweg wird über eine verbindliche vertragliche Regelung mit dem Golfclub erhalten. Insoweit werden für diese näher bezeichneten Wege keine Veränderungen eintreten ... Die Befürchtung der Einwanderheber, daß diese vertragliche Regelung mit dem Golfclub für die Zugänglichkeit der öffentlichen Wege nicht ausreiche, kann nicht geteilt werden.“

Wenn die CDU weiterhin „Ihr Wort hält“ und nach der gleichen Salamitaktik weiter die Wegenutzung am Golfplatz behandelt, dann ist zu befürchten, daß demnächst auch die Kastanienallee für die Bevölkerung gesperrt wird. Auf die Realisierung eines versprochenen Wegeplanes warten wir übrigens bereits seit 1989. Wer der CDU glaubt, daß die beschlossene Herrichtung eines Parallelweges von der Stadt mit Mitteln der Stadt in absehbarer Zeit erfolgt, den frage ich, wo die CDU denn das Geld hernehmen will. Hat sie doch auf der gleichen Sitzung wegen finanzieller Engpässe die Kindergartenbeiträge erhöht. Oder sind durch die Erhöhung der Kindergartenbeiträge jetzt freie Mittel für den Wegeausbau vorhanden?

Ich hoffe nur, daß die Bevölkerung bei der nächsten Kommunalwahl nicht vergessen hat, was die CDU alles unternommen hat, damit Golfschläger schwingenden Sportsfreunden keine unliebsamen Beobachter in die Quere kommen.

Peter Raske
Am Kamp 31
Papenburg

Leserbriefe vertreten nicht die Meinung der Redaktion. Wir behalten uns das Recht der Kürzung vor. Anonyme Zuschriften an den General-Anzeiger finden keine Aufnahme.

General Anzeiger 19.07.1994

AUGUST 1994

SPD im Emsland kritisierte neue Kindergeldregelung

Nach Auffassung von SPD-Kreisvorstandsmitglied Peter Raske bestrafte das damals neue Kindergeldregelung Familien bei Ferienjobs. Der Arbeitseifer von Schülern und Studenten in den Ferien könnte teuer werden. Nach der neuen Kindergeldregelung wurde für alle Kinder über 16 Jahre bei Überschreiten von Ausbildungsunterstützungen wie Bafög oder Stipendium ab 610 DM oder Nebenverdiensten ab 750 DM das Kindergeld gestrichen. Die tatsächliche Gesamteinbuße könnte allerdings noch weitaus höher liegen. Im Einzelfall konnte der Zuverdienst sogar überschritten werden. Als Beispiel nannte er: Georg B. ist 23 und studiert im sechsten Semester Jura. Da er noch drei Geschwister hat, ist die Mutter nicht erwerbstätig. Der Vater ist Angestellter bei der Bundesbahn. Da Georgs Bafög (766 DM; 383 DM als Zuschuss) für seinen Lebensunterhalt nicht ausreicht, arbeitet er einen Abend pro Woche in einer Kneipe und verdient so etwa 400 DM zusätzlich. Seit dem 1. Januar bedeutete das für seine Eltern jedoch 280 DM weniger Kindergeld (immer das „teuerste“ Kind fällt weg) 148 DM weniger Ortszuschlag und zudem 76 DM zusätzlichen Krankenkassen (privat), da Georg sich nun zu 100 Prozent versichern muss. Zusammen sind dies 504 DM, die der Familie monatlich weniger zur Verfügung stehen - mehr als Georg durch seinen Job verdient.

Die SPD im Emsland kritisierte diese neue Kindergeldregelung, die sich häufig erst jetzt bei Ferienjobs auch bei Schülern bemerkbar machte. Viele Eltern wussten gar nicht, was da an Rückforderungen auf sie zukommen könnte, bzw. dass sie sich bei unkorrekten Angaben des Betrugs schuldig machen.

„Je nötiger die Eltern das Geld haben, um so größer ist die Einbuße durch die neue Kindergeldregelung“, beklagte Peter Raske. Was der SPD aber die größten Sorgen machte, waren die bildungspolitischen Auswirkungen der neuen Kindergeldregelung. Studenten, die ihre Werktätigkeit bisher nur auf die Semesterferien beschränkt hatten, konnten nun bestenfalls ganzjährig neben dem Studium her arbeiten, um monatlich unter der 750 DM - Grenze zu bleiben.

Kommt Arbeitseifer teuer zu stehen?

SPD kritisiert Kindergeldregelung

Papenburg

Neuerdings kann der Arbeitseifer von Schülern und Studenten in den Ferien teuer werden. Nach der neuen Kindergeldregelung wird (für alle Kinder über 16 Jahre) bei Überschreiten von Ausbildungsunterstützungen wie Bafög oder Stipendium ab 610 DM oder Nebenverdiensten ab 750 DM das Kindergeld gestrichen.

Die tatsächliche Gesamteinbuße kann allerdings noch weitaus höher liegen. Im Einzelfall kann der Zuverdienst sogar überschritten werden, beklagt Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher der SPD im Kreis Emsland, und führt ein Beispiel an: Georg B. ist 23 und studiert im sechsten Semester Jura. Da er noch drei Geschwister hat, ist die Mutter nicht erwerbstätig. Der Vater ist Angestellter bei der Bundesbahn. Da Georgs Bafög (766 DM, 383 DM als Zuschuß) für seinen Lebensunterhalt nicht ausreicht, arbeitet er einen Abend pro Woche in einer Kneipe und verdient so etwa 400 DM zusätzlich. Seit dem 1. Januar bedeutet das für seine Eltern jedoch 280 DM weniger Kindergeld (immer das „teuerste“ Kind fällt weg), 148 DM weniger Ortszuschlag und zudem 76 DM zusätzlich Krankenkasse (privat), da Georg sich nun zu 100 Prozent versichern muß. Zusammen sind dies 504 DM, die der Familie monatlich weniger zur Verfügung stehen – mehr als Georg durch seinen Job verdient.

Die SPD im Emsland kritisiert diese neue Kindergeldregelung, die sich häufig erst jetzt bei Ferienjobs auch bei Schülern bemerkbar macht. Viele Eltern wissen nach Meinung von Peter Raske gar nicht, was da an Rückforderungen auf sie zukommen kann bzw. daß sie sich bei unkorrekten Angaben des Betrugs schuldig machen. „Je nötiger die Eltern das Geld haben, um so größer ist die Einbuße durch die neue Kindergeldregelung“, beklagt Peter Raske.

Ems-Zeitung 18.08.1994

Arbeitslose nicht bestrafen!

Die SPD im Emsland stellte sich gegen Pläne der Kürzung von Arbeitslosenhilfe. Die Bundesregierung plante, die Zahlung von Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre zu befristen. Außerdem sollt die originäre Arbeitslosenhilfe ganz gestrichen werden. Diese gab es, wenn kein Arbeitslosengeld bezogen wurde, die Betroffenen aber mindestens 150 Tage gearbeitet hatten.
Peter Raske, Sozialpolitischer Sprecher der SPD im Emsland, hielt die Pläne der Bundesregierung sozialpolitisch für einen Skandal und finanzpolitisch für unsolide. Es gab bereits etwa 1.600 Emsländer, die Arbeitslosengeld oder -hilfe bezogen und auf Sozialhilfe angewiesen waren. Weitere ca. 1.800 berufstätige Emsländer mussten ihr Einkommen mit Sozialhilfe aufstocken, weil sie kein ausreichendes Einkommen hatten. Wenn sich die Bundesregierung durchsetzte, dann wären von heute auf morgen etwa 1.000 Personen im Emsland, die Arbeitslosenhilfe bezogen, auf Sozialhilfe angewiesen. Weitere Empfänger von originärer Arbeitslosenhilfe kämen hinzu. So triebe die Bundesregierung Menschen in die Armut. Für die Betroffenen wäre dies unzumutbar. Zu Einkommensverlusten käme das Gefühl, auf „Stütze“ angewiesen sein zu müssen.
Der Bund schob die finanziellen Belastungen auf Städte und Gemeinden, die Sozialhilfe dann zahlen müssen. Nach vorsichtigen Schätzungen bedeutete dies für den Landkreis Emsland eine jährliche Mehrbelastung von 20 Mio. DM. Da Landkreis und Kommunen jetzt schon kaum noch Geld hatten, wären die Folgen Abgabenerhöhungen auf der einen und Leistungskürzungen auf der anderen Seite. Davon wären die Hilfsbedürftigen wieder stärker betroffen als andere. Sie hätten besonders darunter zu leiden, wenn z.B. Kindergärtenbeiträge oder Büchereiausleihgebühren erhöht werden müssen oder solche Einrichtungen gar geschlossen werden müssten. Außerdem hätten die Städte und Gemeinden kein Geld mehr, um zu investieren. Damit fielen arbeitsplatzschaffende Projekte weg.
Die SPD im Emsland forderte: „Nicht die Arbeitslosen müssen bekämpft werden, sondern die Ursache der Misere, die Arbeitslosigkeit.“
Verantwortungslos war nach Auffassung von Peter Raske die Forderung im Wahlprogramm der CDU, die Sozialhilfe kürzen zu wollen, um einen Anreiz für die Aufnahme einer Arbeit zu fördern, solange es nicht genügend Arbeitsplätze für alle Arbeitslose gäbe. Die SPD forderte die Unionspolitiker auf, ihren Einfluss bei den Unternehmern geltend zu machen, dass die Niedriglohngruppen wegfallen, damit sich Arbeit wieder lohnt.
Statt bei der Sozialhilfe zu kürzen, wollte die SPD
1. eine Fortsetzung der aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik im Emsland und
2. dass die Unternehmen steuerlich bevorteilt werden, die Arbeitsplätze schaffen.
3. trat sie dafür ein, die Arbeit besser zu verteilen.

„Bund schiebt finanzielle Belastung auf Kommunen ab“

SPD gegen geplante Kürzung der Arbeitslosenhilfe

Papenburg
Die SPD im Emsland hat sich gegen die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Arbeitslosenhilfe ausgesprochen. Peter Raske, sozialpolitischer Sprecher, wertete das Vorhaben als „finanzpolitisch unsolide“.

Die Bundesregierung will die Zahlung von Arbeislosenhilfe auf zwei Jahre befristen. Außerdem soll die originäre Arbeitslosenhilfe ganz gestrichen werden. Diese gibt es, wenn kein Arbeitslosengeld bezogen wurde, die Betroffenen aber mindestens 150 Tage gearbeitet haben.

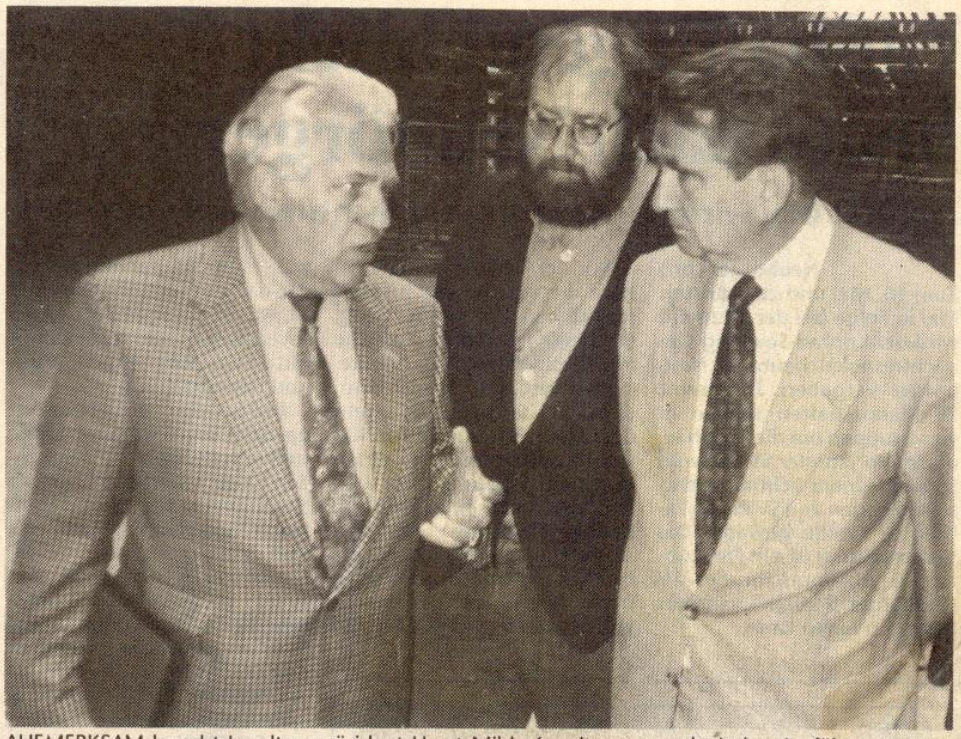
Schon jetzt seien etwa 1600 Emsländer, die Arbeitslosengeld oder -hilfe beziehen, auf Sozialhilfe angewiesen. Weitere 1800 berufstätige Emsländer müßten ihr Einkommen mit Sozialhilfe aufstocken, weil sie kein ausreichendes Einkommen haben. Setze sich die Bundesregierung durch, dann seien von heute auf morgen etwa 1000 Personen im Emsland, die Arbeitslosenhilfe beziehen, auf Sozialhilfe angewiesen. Weitere Empfänger von originärer Arbeitslosenhilfe kämen hinzu. „So treibt die Bundesregierung Menschen in die Armut“, betonte Raske.

Der Bund schiebe die finanziellen Belastungen auf Städte und Gemeinden, die dann Sozialhilfe zahlen müssen. Nach vorsichtigen Schätzungen bedeutet dies für den Landkreis Emsland eine jährliche Mehrbelastung von 20 Millionen DM. Da Landkreis und Kommunen jetzt schon kaum noch Geld haben, sind die Folgen Abgabenerhöhungen auf der einen und Leistungskürzungen auf der anderen Seite. Davon sind die Hilfsbedürftigen wieder stärker betroffen als andere. Sie haben besonders darunter zu leiden, wenn z. B. Kindergartenbeiträge oder Büchereiausleihgebühren erhöht werden müssen oder solche Einrichtungen gar geschlossen werden müssen. Außerdem hätten die Städte und Gemeinden kein Geld mehr, um zu investieren. Damit fielen arbeitsplatzschaffende Projekte weg.

Die SPD im Emsland fordert: „Nicht die Arbeitslosen müssen bekämpft werden, sondern die Ursache der Misere, die Arbeitslosigkeit.“ Statt bei der Sozialhilfe zu kürzen, will die SPD im Emsland eine Fortsetzung der aktiven Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik im Emsland. Ferner sollen die Unternehmen steuerlich bevorteilt werden, die Arbeitsplätze schaffen. Und drittens tritt die SPD im Emsland dafür ein, die Arbeit besser zu verteilen.

Ems-Zeitung 24.08.1994

SEPTEMBER 1994



AUFMERKSAM lauscht Landtagspräsident Horst Milde (zweiter von rechts) den Ausführungen von Wolf-Jürgen Brickenstein (links). In der Mitte Peter Raske, ganz rechts Personalchef Hermann Schmitz.

PVC-Diskussion gefährdet auch Arbeitsplätze

Landtagspräsident Milde besuchte Firma Brügmann

Papenburg (gs) „Wenn PVC brennt, setzt es nicht mehr Dioxin frei als beispielsweise Holz", betonte Wolf-Jürgen Brickenstein, geschäftsführender Gesellschafter der Unternehmensgruppe Brügmann. Bei einem Besuch von Horst Milde, Präsident des Niedersächsischen Landtages in Papenburg, wies Brickenstein Behauptungen, PVC sei ein Umweltgift, in das Reich der Fabel.

„PVC ist unverzichtbar", unterstrich Milde im Beisein von SPD-Bundestagskandidat Reinhold Robbe und Peter Raske sowie Vertretern der Geschäftsleitung und des Betriebsrates. Damit schlug er sich eindeutig auf die Seite des Unternehmers.

Der Streit um die Kunststoffverbindung Polyveinychlorid, mit der Brügmann Fensterprofile herstellt, sei aus dem Bauch heraus entstanden. Die Schädlichkeit des Kunststoffes sei bislang jedoch nicht nachgewiesen, konnte der Landtagspräsident die Aufregung Brickensteins darüber, daß PVC zuletzt in Verruf geraten war, nachvollziehen.

Den Ausführungen Mildes schloß sich SPD-Bundestagskandidat Reinhold Robbe vorbehaltlos an. Der Landtagspräsident versprach, seine neuen Eindrücke und die Argumente des Unternehmers mit nach Hannover zunehmen. Dort will er umgehend das Gespräch mit Wirtschaftsminister Fischer, Umweltministerin Griefahn und falls nötig auch mit Ministerpräsident Schröder suchen. Die Beschaffungsrichtlinien müßten geändert werden, forderten Milde und Brickenstein unisono. Es könne nicht sein, daß durch Zuschüsse für Holzfenster praktisch ein „PVC-Verbot im öffentlichen Wohnbau" entstanden sei.

Die unberechtigte Diskussion um PVC koste nicht nur Zeit und Geld bei der Markterschließung, sondern gefährde auch unnötig Arbeitsplätze, meinte Brickenstein. Zudem werde der Verbraucher verunsichert, die Werbung kaputtgemacht und das Image geschädigt, fügte Wolf-Eberhard Winter, Mitglied der Geschäftsleitung, hinzu. „PVC ist der ökologisch wertvollste Werkstoff für Fenster", verwies Brickenstein darauf, daß der Kunststoff bei Brügmann in einen geschlossenen Recycling-Kreislauf eingebunden ist.

Ems-Zeitung 10.09.1994

Zu einem Diskussionsabend hatte die Kolpingfamilie Börgermoor eingeladen. Dazu konnte Heinz König, Vorsitzender der Kolpingfamilie, Michael Goldmann (FDP), Bernd Busemann (CDU), Peter Raske (SPD) und Gottfried Sandmann (Bündnis Grüne) als Referenten begrüßen. Im Vordergrund stand das Thema „Familie". Busemann ebenso wie Goldmann sprachen sich dafür aus, das es sich lohnen müsse, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu sichern. Es könne nicht angehen, daß Sozialhilfe das Einkommen eines Durchschnittsverdieners übersteige. Raspe und auch Sandmann plädierten für die Erhöhung des Kindergeldes. Ebenso hätten Empfänger von Sozialhilfe, und hier sehe man in erster Linie das Wohl der Kinder, das Recht auf Hilfe vom Staat.

Foto: -bj

General Anzeiger 14.09.1994